

Muslimische Seelsorge fehlt

Für die Luzerner Gefängnisse gibt es derzeit keinen Imam. Der Kanton will das ändern – was nicht einfach ist.

Stefan Dähler

«Seit rund einem Jahr» gibt es für die Gefängnisse Grosshof in Kriens und Wauwilermoos in Egolzwil keine muslimische Seelsorge mehr. Das schreibt das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) des Kantons Luzern auf Anfrage. Es bestätigt damit eine Information eines Insassen der Justizvollzugsanstalt Grosshof, der Kontakt mit dieser Zeitung aufgenommen hat. Der Mann zeigt sich besorgt um die Betreuungsqualität und den seelischen Zustand von muslimischen Insassen, die einen bedeutenden Anteil im Grosshof ausmachen. Es gebe mehrere Personen, die einen Imam vermissen.

Aus welchen Gründen der frühere muslimische Gefängnisseelsorger nicht mehr aktiv ist, führt das JSD nicht aus. Es schreibt, dass die Anforderungen an die Gefängnisseelsorgenden

hoch seien – «insbesondere auch bezüglich der verschiedenen Sprachkenntnisse». Wie von weiter Seite zu vernehmen ist, gestaltet sich die Suche nach einer Nachfolge als anspruchsvoll.

Umfassende Qualifikationen nötig

Rechtlich gesehen ist der Kanton gemäss Verordnung über den Justizvollzug nur verpflichtet, eine katholische und eine reformierte Gefängnisseelsorge anzubieten. Dennoch bestehe das Ziel, wieder eine muslimische Seelsorge anzubieten, wie das JSD schreibt. Eine Person befinde sich dafür derzeit in Abklärung. Wer in der Gefängnisseelsorge arbeiten will, muss umfassende Qualifikationen mitbringen. Dazu gehören neben den Sprachkenntnissen unter anderem rechtliche Kenntnisse sowie Wissen über die Weltreligionen, ein «einwandfreier Ruf und Leumund»

und eine «adäquate Kommunikation» mit der Leitung und dem Personal der Justizvollzugsanstalt. Auch eine Anerkennung und Empfehlung durch die entsprechende Religionsgemeinschaft, theologische Kompetenz (in der Regel durch ein Studium) sowie eine Zusatzausbildung für die Gefängnisseelsorge sind gefragt.

Der Mangel besteht schweizweit

Die Luzerner Situation stellt offenbar keinen Einzelfall dar. Man könne durchaus schweizweit von einem Mangel an muslimischen Seelsorgenden sprechen, schreibt Mallory Schneuwly Purdie, Oberassistentin am Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft der Uni Fribourg. Das Zentrum bietet seit 2020 den CAS-Lehrgang «Muslimische Seelsorge in öffentlichen Institutionen» an.

Der Mangel sei auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. So seien die Seelsorgestellen in der Schweiz nach wie vor hauptsächlich ökumenisch organisiert; also als Zusammenarbeit zwischen den christlichen Konfessionen – und nicht interreligiös. Zudem werde die muslimische Seelsorge noch zu selten als bezahlter Beruf angesehen. Die Mehrheit der muslimischen Seelsorgenden in Gefängnissen arbeite ehrenamtlich.

Gleichzeitig finde bei der muslimischen Seelsorge eine Professionalisierung statt, führt Schneuwly Purdie aus. Dies einerseits durch die Möglichkeit, sich entsprechend ausbilden zu lassen. Andererseits stellten Justizvollzugsanstalten zunehmend formalisierte Anforderungen an die Seelsorgenden. Ohne eine bezahlte berufliche Perspektive sei es jedoch schwierig, diesen Anforderun-

gen gerecht zu werden. In Luzern werde die Seelsorgetätigkeit vom Kanton entschädigt, schreibt das JSD dazu.

Wie sich der Mangel an muslimischer Seelsorge auf die betroffenen Gefangenen auswirkt, könne man nicht allgemein sagen, führt Schneuwly Purdie aus. Manchen sei die Religion nicht wichtig, andere wiederum würden sich mit christlichen Seelsorgenden austauschen.

Gefühl der Diskriminierung kann entstehen

Offensichtliche Mängel gebe es, wenn jemand Fragen ritueller oder theologischer Natur hat: etwa zu den Fastenregeln im Ramadan oder rund um die Themen Tod, Vergebung, Schuld und Verhältnis zu Nichtmuslimen. «Es kann passieren, dass sich dieser Mangel in ein Gefühl der Diskriminierung verwandelt.»

Zudem stellten muslimische Geistliche auch für das Gefängnispersonal eine wertvolle Ressource dar – etwa bei Fragen zu bestimmten Wünschen oder Praktiken muslimischer Gefangener. Der Umgang mit Glaubenthemen, beispielsweise das Betreten einer Zelle während des Gebets, könne durchaus zu Konflikten führen. Generell habe eine Untersuchung gezeigt, dass die persönliche Bedeutung der Religion bei Männern während der Haft tendenziell zunehme.

In Luzern habe das Fehlen einer muslimischen Seelsorge «keine Auswirkungen», schreibt das JSD: «Der ökumenische Seelsorger ist sehr breit akzeptiert und kann alle Aufsuchenden ausreichend betreuen.» Weiter gebe es «sowohl Angebote für soziale wie auch für psychologische Betreuung, die allen Eingewiesenen zur Verfügung stehen».

Grosswangen plant Schulraum

Infrastruktur Wie viel Platz brauchen die schulischen Angebote und die Vereine in Grosswangen? Diese Frage will die Gemeinde mit der Schulraumplanung für den Zeitraum bis 2035 klären. Die Analyse hat nun begonnen, wie es in einer Mitteilung heisst. Berücksichtigt werden neben dem Bedarf an Schulräumen auch die Bedürfnisse der Tagesstruktur, der Musikschule und der Vereine. Resultate sollen bis Ende Mai vorliegen.

Aufgrund der gestarteten Analyse hat der Gemeinderat entschieden, dass die Angebote der Tagesstrukturen vorerst im «Chenderträff» bleiben – trotz enger Platzverhältnisse. Die Situation soll jedoch verbessert werden. Unter anderem wurde für die Küchenarbeiten eine zusätzliche Person eingestellt. (cgl)

Seetal koordiniert Sportförderung

Bewegung Im Luzerner Seetal wird die Förderung von Bewegung und Sport neu organisiert. Diese Aufgabe übernimmt der Gemeindeverband Idee Seetal im Auftrag des Kantons, steht in einer Mitteilung. Ziel sei es, durch eine enge Vernetzung von Gemeinden, Schulen, Vereinen und weiteren Partnern optimale Bedingungen für sportliche Aktivitäten zu schaffen. Dazu gehört auch die Erstellung eines regionalen Sportanlagenkonzepts.

Für die neue Aufgabe schafft die Idee Seetal per Mitte Jahr eine Koordinationsstelle. Finanziert wird die Sport- und Bewegungsförderung von den neun Verbandsgemeinden, welche pro Kopf einen Beitrag von 1.50 Franken zahlen. Der Kanton beteiligt sich jährlich mit 50'000 Franken an der Umsetzung. (cgl)

Pflegebetriebe spannen bei Ausbildung zusammen

Acht Institutionen im Luzerner Seetal gründen einen gemeinsamen Verein – und wollen mehr Fachkräfte ausbilden.

Christian Glaus

Die Schweiz benötigt mehr Pflegefachkräfte. Das nationale Gesundheitsobservatorium Obsan beziffert den Bedarf bis 2029 mit rund 70'000 Personen. Einen nach eigenen Angaben zukunftsweisenden Weg gehen nun acht Pflegeinstitutionen im Seetal. Sie spannen in der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in Pflege und Betreuung zusammen. Dazu starteten die Pflegeinstitutionen das Projekt Bildungsnetzwerk Seetal. Nun soll im März daraus der gemeinsame Verein Bine Seetal entstehen.

Folgende acht Institutionen sind beteiligt: Chrüzmatz, Hitzkirch; Betagtenzentrum Dössele, Eschenbach; Fläckematte, Rothenburg; Pflege im Ibenmoos, Kleinwangen; Kloster Baldegg; Pflegewohngruppe Sonnenrain, Rain; Residio Hochdorf; Spitex Hochdorf und Umgebung.

Bestehendes Personal halten und neues ausbilden

Das Ziel des Bildungsnetzwerks ist es, sicherzustellen, dass der Bedarf an Pflegefachkräften gedeckt werden kann. Dies soll einerseits dank attraktiver Weiterbildungsangebote erreicht werden, um bestehendes Personal zu halten. Andererseits wollen die acht Institutionen in die Ausbildung investieren. «Mit dem Bildungsnetzwerk können wir künftig deutlich mehr Ausbildungsplätze anbieten», sagt Projektleiterin Irene Pfyl Werlen. Zur geplanten Anzahl Ausbildungsplätze kann sie noch keine Angaben machen. Aktuell bestehen in den Institutionen des Bildungsnetzwerks bereits knapp 100 Ausbildungsplätze für die verschiedenen Pflegeberufe.



Bis 2029 werden in der Schweiz rund 70'000 Pflegefachkräfte benötigt.

Bild: zvg

Nach dem Ja zur Pflegeinitiative 2021 erarbeitete der Regierungsrat eine Ausbildungsinitiative. Dabei berechnet der Kanton für jeden Betrieb, wie viele Pflegefachkräfte (Fachangestellte Gesundheit oder diplomierte Pflegefachpersonen) er auszubilden hat. Wer das vom Kanton festgelegte Ausbildungsziel nicht erreicht, muss einen Malus bezahlen, wer es übertrifft, bekommt einen Bonus. Laut Pfyl Werlen erreichten nur einzelne der acht Betriebe des Bildungsnetzwerks Seetal das Soll bisher, die anderen

müssen somit einen Malus zahlen. «Unser Ziel ist es, die kantonale Vorgabe in Zukunft zu übertreffen oder mindestens zu erreichen», sagt Pfyl Werlen.

Noch sind nicht alle Lehrstellen besetzt

Von heute auf morgen gelingt dies natürlich nicht, der Aufbau des neuen Angebots braucht Zeit. Man spüre zwar, dass die Institutionen dank der engeren Zusammenarbeit attraktiver würden, sagt Pfyl Werlen. «Die Rekrutierung von genügend Auszubildenden ist weiterhin

eine grosse Herausforderung. Derzeit sind auch noch nicht alle offenen Lehrstellen besetzt.» Mit der Gründung des Vereins Bine Seetal erhalte das im Oktober 2023 gestartete Projekt jedoch eine feste Grundlage. Es werde langfristig gesichert. Die öffentliche Hand unterstützt die Zusammenarbeit der acht Organisationen finanziell.

Der Verein wird künftig nach aussen auftreten, um neues Personal für einen der Pflegeberufe zu gewinnen. Er wird zudem die Institutionen mitei-

einander vernetzen. Das erlaubt eine noch umfassendere Ausbildung unter Einbezug der verschiedenen Fachleute. «Die Lernenden werden auch künftig von einem Lehrbetrieb angestellt», sagt Irene Pfyl Werlen. «Sie können ihre Ausbildung aber in verschiedenen Institutionen absolvieren.» Die gemeinsame Ausbildung entsteht erst mit der Vereinsgründung. Gemeinsame Weiterbildungen und Workshops für Lernende/Studierende boten die acht Institutionen bereits im vergangenen Jahr an.